2014/47 Thema

https://www.jungle.world/artikel/2014/47/quaelende-ungewissheit

Das Verschwindenlassen der Studenten und dessen politischen Folgen

Quälende Ungewissheit

Von **Stefanie Kron**

Die Strategie des Verschwindenlassens prägt nach wie vor Lateinamerikas Politik. Trotz der daraus resultierenden Angst und dem in der Gesellschaft verbreiteten Misstrauen gehen nach der mutmaßlichen Ermordung von 43 Studenten in Mexiko die Proteste weiter. Diese haben auch zu ersten politischen Konsequenzen geführt.

Eine Dystopie ist eine Anti-Utopie. Im Film gibt es viele dystopische Gesellschaftsentwürfe. »Clockwork Orange« und »Blade Runner« gehören dazu. Hier irren Figuren wie Alexander DeLarge oder Rick Deckard durch urbane Un-Orte. Sie kommunizieren nicht oder nur mittels Gewalt mit ihrer Umwelt und haben den Zugang zu ihrer eigenen Geschichte verloren, weil undurchsichtige Superstaaten ihnen jegliche Freiheit nehmen. Spätestens seit dem »Verschwinden« von 43 Studenten der pädagogischen Fachschule von Ayotzinapa im südmexikanischen Bundesstaat Guerrero ruft auch Mexiko Assoziationen mit einer Dystopie hervor. Die jungen Männer werden seit dem 26. September vermisst. An diesem Tag war es nach einer Protestkundgebung der Lehramtsanwärter in der Nähe der Stadt Iguala zu Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften gekommen, bei denen zudem drei Studenten und drei Unbeteiligte starben. Von Beginn an bezweifelte niemand, dass der Bürgermeister von Iguala, José Luis Abarca, und seine Ehefrau, Maria de los Angeles Pineda, in das »Verschwinden« der Studenten involviert waren. Außer Frage steht, dass das Bürgermeisterehepaar zum örtlichen Kartell Guerreros Unidos enge Beziehungen pflegt. Abarca soll die kommunale Polizei nicht nur angewiesen haben, die protestierenden Studierenden festzuhalten und zu beschießen, sondern auch, sie dem Kartell zu übergeben. Doch erst auf Druck der Angehörigen und Kommilitonen der vermissten Studenten wurden in den vergangenen Wochen insgesamt 74 Personen festgenommen. Unter ihnen Beamte der kommunalen Polizei sowie mutmaßliche Angehörige der Guerreros Unidos. Ende Oktober trat auch der Gouverneur von Guerrero, Angel Aguirre Rivero, zurück. Die Staatsanwaltschaft präsentierte verschiedene Tatverdächtige, darunter im Oktober einen Polizisten und ein Kartellmitglied. Sie hatten die Ermittler zu einem Massengrab mit 28 verkohlten Leichen geführt. Am 4. November schließlich verhaftete die Bundespolizei auch Abarca und de los Angeles Pineda in Mexiko-Stadt. Stichhaltige Aussagen zum Verbleib der vermissten Studierenden haben die beiden

bislang nicht gemacht. Stattdessen führte Generalbundesstaatsanwalt Jesús Murillo Karam drei Tage nach der Festnahme des Bürgermeisterehepaars die Videoaussagen von neuen Tatverdächtigen vor. Dabei handelt es sich um drei mutmaßliche Angehörige der Guerreros Unidos, die kaum älter sind als die Vermissten. Ihren Aussagen zufolge sollen die 43 Studenten wenige Stunden, nachdem die kommunale Polizei sie dem Kartell übergeben hatte, ermordet worden sein. Die drei Männer geben weiter an, die Leichen verbrannt, Asche und Knochen in Plastiksäcke verpackt und auf die Müllkippe des Ortes Cocula, in der Nähe von Iguala, geworfen zu haben. Tatsächlich sind menschliche Überreste in Cocula gefunden worden. Obgleich Murillo Karam erklärte, es handele sich dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit um die vermissten Studenten, machten die Ermittler deren Familien keine großen Hoffnungen auf eine schnelle und eindeutige Identifikation der Überreste. Sie seien zu stark verkohlt, hieß es. Nun soll eine DNA-Analyse der wenigen aufgefundenen Knochen am forensischen Institut der Universität Innsbruck Aufklärung bringen. Die allerdings kann mehrere Wochen dauern. Die Angehörigen der 43 Verschwundenen ihrerseits weigern sich, die Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft anzuerkennen. Sie haben stattdessen ein forensisches Team aus Argentinien beauftragt, unabhängige Untersuchungen durchzuführen. Seit der Stellungnahme des Generalstaatsanwalts vom 7. November wächst der internationale Druck auf den mexikanischen Präsidenten, Enrique Peña Nieto. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte schlug vor, mit einem eigenen Team die Ermittlungen transparenter zu machen. Dies lehnte Peña Nieto ab. Die Direktorin der Amerika-Sektion von Amnesty International, Erika Guevara Rosas, kritisierte daraufhin den Präsidenten für sein »Desinteresse an der Tragödie«. Sie forderte die Regierung auf, den Fall Ayotzinapa als »Staatsverbrechen« anzuerkennen und Verantwortung zu übernehmen. Der Rechtswissenschaftler Eduardo Buscaglia von der New Yorker Columbia Universität spricht sogar von einem »Verbrechen gegen die Menschheit«, für das der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag zuständig sei. Auch Studierende, Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen haben ihre Proteste gegen die intransparenten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ausgeweitet. Vergangene Woche stürmten 500 Demonstranten das Regionalparlament von Guerrero in Chilpancingo. Sie legten Feuer im Plenarsaal und zündeten mehrere Fahrzeuge an. Bereits einen Tag zuvor hatten über 2 000 Menschen dort den Regionalsitz der Regierungspartei PRI in Brand gesteckt und die Polizei angegriffen. Im Touristen-Hotspot Acapulco an Guerreros Küste blockierten mehrere hundert Menschen über Stunden den internationalen Flughafen. Anders als Präsident Peña Nieto sehen viele den Fall Ayotzinapa längst nicht mehr als ein lokales Problem der organisierten Kriminalität in Guerrero. So finden auch in anderen Bundesstaaten wie Chiapas, Veracruz und Oaxaca sowie in Mexiko-Stadt inzwischen täglich Protestkundgebungen statt. Am 8. November demonstrierten Zehntausende Menschen in der Hauptstadt gegen den Umgang der Regierung mit dem Fall Ayotzinapa. Mitte November besetzten mehrere hundert Studierende zwei Tage lang die Mautstellen entlang der wichtigsten Autobahnrouten des Landes und ließen den Verkehr gratis fließen. Für den 20. November hat ein Bündnis aus linken Gewerkschaften, Studierenden- und Lehrerverbänden, Umweltgruppen und indigenen Gemeinden zu einem landesweiten Generalstreik aufgerufen. Gefordert wird der Rücktritt des Präsidenten. In den zentralamerikanischen Nachbarländern haben Studierende begonnen, öffentliche Mahnwachen abzuhalten. Dabei tragen sie – wie die Protestierenden in Mexiko – Fotos der

Vermissten auf der Brust. Auch bei einem Freundschaftsspiel zwischen der niederländischen und der mexikanischen Nationalmannschaft am 12. November in Amsterdam hielten die mexikanischen Fans Poster mit den Gesichtern der Verschwundenen in die Fernsehkameras. Die Porträts der 43 vermissten Männer sind schon jetzt zu einem weltweit bekannten Symbol des Protests gegen die systematische Straflosigkeit und die Gewalttätigkeit des korporativen mexikanischen Mafiastaats geworden. Neben Hinrichtungen und Verstümmelungen ist das Verschwindenlassen von Menschen dabei die bevorzugte Form der Austragung gesellschaftlicher Konflikte. Allein in Guerrero sind dieses Jahr bereits 240 Menschen verschwunden, seit dem Amtsantritt von Peña Nieto 2012 sind es 9 000 Menschen. Insgesamt sind seit Beginn des sogenannten Drogenkriegs 2006 mehr als 26 000 Mexikaner auf ungeklärte Weise verschwunden. Hinzu kommen mindestens 70 000 vermisste Transitmigranten aus Zentralamerika. In einem Interview mit der Deutschen Welle vom 11. November widersprach der Menschenrechtsanwalt Wolfgang Kaleck der in der Berichterstattung vorherrschenden Sichtweise, dass die Aktivitäten der mexikanischen Sicherheitskräfte und die der organisierten Kriminalität unterscheidbar seien. »Die Gewalt der Kartelle ist nicht unpolitisch«, so Kaleck. »Sie richtet sich inzwischen ganz deutlich gegen die indigenen Gemeinden, gegen Umweltaktivisten, Menschenrechtsanwälte und Gewerkschaften. Diese Gewalt entspringt den staatlichen Strukturen.« Auch die Vermissten von Ayotzinapa kommen mehrheitlich aus indigenen und kleinbäuerlichen Familien. Die pädagogische Fachschule von Ayotzinapa gilt zudem als linksgerichtet. Das Verschwindenlassen von Oppositionellen war auch eine zentrale Strategie des Terrors der lateinamerikanischen Militärdiktaturen in den sechziger bis neunziger Jahren. Die Mehrheit der Verschwundenen wurde entführt, gefoltert, ermordet und auf klandestinen Friedhöfen verscharrt. Allein in Argentinien ließ die Militärjunta zwischen 1976 und 1983 bis zu 30 000 Menschen verschwinden. Die eigentliche Tragödie Mexikos ist daher, dass in sieben Jahren fast 100 000 Menschen verschwunden sind, obwohl das Land eine repräsentative Demokratie ist. Die Praxis des Verschwindenlassens prägt nach wie vor Lateinamerikas Gesellschaft; es herrschen Gewalt, Angst und Schweigen. Die Trauer um die Toten und ihre Bestattung gehören zu den elementaren Praktiken der meisten Gesellschaften. Trauer- und Bestattungsrituale sind Verabschiedungsrituale. Sie stiften Sinn, das heißt ein Bewusstsein von der eigenen Geschichte und Zugehörigkeit. Die Bestattung gibt den Toten Würde und erkennt sie über den Tod hinaus als soziale Wesen an. Das Verschwindenlassen hingegen entsozialisiert die vermisste Person. Vermisste werden zu Untoten, von denen niemand mit Bestimmtheit sagen kann, ob sie leben oder tot sind und wo sie sich aufhalten. Zudem erschwert diese Praxis den Verwandten und Freunden die Trauer. Sie schwanken stattdessen zwischen Hoffnung, Verzweiflung und Angst. Das Verschwindenlassen kann die Angehörigen aber auch politisieren. So haben Gruppen wie die Mütter der Vermissten in Argentinien, die »Madres de la Plaza de Mayo«, entscheidend zum Ende der dortigen Militärregierungen beigetragen. Die Politikwissenschaftlerin Kim Rygiel beschreibt in ihrem Text »In Life Through Death« den wachsenden politischen Aktivismus von Verwandten der vielen tausend Migranten und Migrantinnen, die auf ihrem Weg nach Europa im Mittelmeer ertrunken sind oder als vermisst gelten. Diese Angehörigengruppen fordern die Regierungen der Europäischen Union auf, den Verbleib sowie die Identität der Verschwundenen zu klären und ihnen eine würdige Bestattung zu ermöglichen. Die Proteste der Angehörigen der Vermissten von Ayotzinapa weisen in die gleiche Richtung.

Im rechtsfreien Raum, zu dem in Mexiko nicht nur Guerrero geworden ist, formulieren sie als Utopie, was eigentlich die Grundlage moderner Gesellschaften sein sollte: das Recht auf Leben und den Respekt vor den Toten.

© Jungle World Verlags GmbH